

vorwärts.de

Veröffentlicht auf *vorwärts.de* (<http://www.vorwaerts.de>)

[Startseite](#) > [Inland](#) > Inhalt

„Wir stehen an der Wand“

von Vera Rosigkeit - 23.06.2006

Mit seinen Vorstellungen vom Sozialstaat riskiert Peer Steinbrück Widerspruch und Ärger. Im vorwärts: interview wirbt der Finanzminister für sein Projekt: umsteuern trotz leerer Kassen, damit mehr Geld für Bildung, Investitionen und steuerfinanzierte Sozialbeiträge bleibt.

Interview Susanne Dohrn

Wer das Geld hat, hat die Macht. Gilt das auch für den Finanzminister?

Es geht nicht um Macht, es geht um Gestaltungsspielräume und Gestaltungsverantwortung. Ein Finanzminister soll nicht nur das Geld beisammen halten. Seine Aufgabe ist es auch, dafür zu sorgen, dass dieses Geld zielgerichtet und wirksam für unser Gemeinwesen ausgegeben wird.

Ist das derzeit der Fall?

Der Haushalt hat ein Strukturproblem. Er finanziert zu viel Vergangenheit und zu wenig Zukunft.

Warum brauchen wir dann eine Reform, die die Steuern der Unternehmen nochmals senkt?

Weil die richtige Frage lautet: Was passiert, wenn wir nichts tun, wenn also nichts passiert. Dann werden wir erleben, dass weiterhin Gewinne ins Ausland verlagert und dort besteuert werden, dass Verluste aus dem Ausland nach Deutschland transferiert und hier steuermindernd eingesetzt werden. Dann sucht sich Kapital günstigere Besteuerungsstandorte außerhalb der Bundesrepublik Deutschland. Ich möchte gerne, dass Gewinne hier in Deutschland besteuert werden und dass Investitionen in Deutschland stattfinden. Sie sind die Voraussetzung für Wachstum.

Wie müsste ein Haushalt aufgestellt sein, damit er die Anforderungen der Zukunft besser erfüllt?

Mein Anliegen ist: Was an Steuereinnahmen in den nächsten Jahren zusätzlich hereinkommt

auf Zukunftsfelder zu konzentrieren - Bildung, Hochschule, Forschung, Entwicklung, Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, gezielte Familienförderung, Infrastruktur jeder Art.

Warum ist so wenig Geld dafür da?

Dieser Haushalt ist immer mehr versteinert. 72 Prozent sind festgelegt in fünf Blöcken. Der Gestaltungsspielraum für Zukunftsfinanzierung reduziert sich so auf 28 Prozent. Das ist in meinen Augen zu wenig.

Der größte Brocken im Haushalt ist das Soziale. Ist das etwa falsch?

Wir geben 70 Cent von jedem Steuer-Euro, den der Bund einnimmt, für Soziales aus. Der Zuschuss zur Rentenkasse macht allein fast ein Drittel des gesamten Haushaltes aus. Niemand wird uns den Vorwurf machen können, dass der Aufwand für Soziales zu gering ist. Aber wir geben das Geld nicht immer zielgerichtet und effizient genug aus. Nehmen wir die Familienförderung. Fünf Euro mehr Kindergeld bedeuten ungefähr 1,0 bis 1,2 Milliarden Euro für den Bundeshaushalt. Aber was ist wichtiger, mehr Kindergeld oder kostenloser Zugang zu Kindergärten?

Haben sich die Aufgaben des Sozialstaates inhaltlich gewandelt?

Das Grundprinzip der Solidarität ist richtig und unverzichtbar. Aber diese Solidarität muss sich den veränderten Realitäten anpassen. Wir haben es mit einem erheblichen internationalen Wettbewerbsdruck zu tun und mit einer demographischen Entwicklung, die die Finanzierungsgrundlagen des Sozialstaates infrage stellt. Alle öffentlichen Haushalte - Kommunen, Länder, Bund - stehen an der Wand. Dieses ist bisher zu wenig vermittelt worden.

Arbeitnehmer stehen unter einem ständigen Qualifizierungsdruck, um mit den technischen und betrieblichen Veränderungen Schritt halten zu können. Wie müsste ein moderner Sozialstaat darauf reagieren?

Der moderne Sozialstaat sollte sich darauf konzentrieren, Menschen zu aktivieren, damit sie ein eigenverantwortetes Leben führen können. Er sollte nicht in Passivität finanzieren. Er müsste die Vereinbarkeit von Beruf und Familie deutlich verbessern. Wir brauchen z.B. Kindergärten, in denen Kinder mit Migrantenhintergrund ausreichende Deutschkenntnisse erwerben. Der moderne Sozialstaat soll nach wie vor gegen die großen Lebensrisiken absichern, aber er muss verlangen, dass jeder seine Fähigkeiten einsetzt, um die Solidargemeinschaft zu entlasten.

Könnte es sein, dass sich der derzeitige Staatsverdruss auch aus solchen Defiziten speist?

Ich bin gerne bereit, den Staat und das, was er an Leistungen bietet, kritisch zu hinterfragen. Aber der Staat kann den Menschen nicht alle Risiken abnehmen und soziale Transfers beliebig steigern, wenn er angesichts der knappen Kassen Zukunftsinvestitionen nicht versäumen soll. Für ein solches Staatsverständnis zu werben, wäre den Schweiß der Edlen wert.

Dann müssten die Bürger selber mehr Verantwortung übernehmen?

Ja, das ist die vielleicht nicht populäre Botschaft.

In welcher Form?

Das Solidarsystem wird von manchen missverstanden nach dem Motto: Ich will alles wieder haben, was ich eingezahlt habe. Die Vorbildrolle der Eliten ist getrübt. Und der Satz, alle denken an sich, nur ich, ich denke an mich, ist weit verbreitet. Der Staat ist aber kein anonymes Wesen. Der Staat sind wir.

Von alleine wird sich wenig ändern. Könnte die Politik Weichen in diese Richtung besser stellen?

Wieso immer nur die Politik? Wieso nicht auch die gesellschaftlichen Gruppen? Die Politik wird mit einer Allzuständigkeit belastet, der sie gar nicht entsprechen kann. Das Versagen der Politik ist vorprogrammiert, wenn die Erwartung ist, alle Verhältnisse in Deutschland müssen von der Politik gestaltet werden.

Aber die Politik regelt vieles bis ins letzte Detail. Das ist oft sehr demotivierend, oder etwa nicht?

Ja, das ist ein Fehler. Aber dazu wird die Politik auch angespornt. Nehmen wir ein ernstes Thema: Ein Brandunfall geschieht in einem öffentlichen Gebäude, möglicherweise mit tragischen Folgen für die Gesundheit von Menschen. Also wird über mehr Brandschutz debattiert und für Altgebäude werden z.B. Nachrüstungen mit Brandschutzmeldern gefordert. Das verteuert die Errichtung und den Betrieb von öffentlichen Gebäuden wie z.B. von Schulen oder Rathäusern - und anschließend klagen alle über die hohen Brandschutzauflagen. Das ist nicht der Staat, das ist nicht die Politik, das sind wir.

Und wie kommen wir da heraus?

Das richtet sich nicht allein an die Politik. Es richtet sich auch an die Menschen selber in diesem Land. Ich will die Politik nicht von Fehlern oder Unterlassungen freisprechen, aber der Tendenz entgegen wirken, die auch in unserer Partei verbreitet ist, dass Staat und Politik einerseits mit Aufgaben überfrachtet werden und andererseits unsere Gesellschaft

umfassenden Regulierungen unterworfen wird.

Wir schießen uns selbst ins Knie?

Ja, wir sind mindestens widersprüchlich. Wir wollen, dass der Staat vieles regelt und anschließend beklagen wir uns, dass der Staat überall eingreift und dass dies Bürokratiekosten verursacht.

Müssten Politiker öfter mal sagen, tut uns leid, da können wir nicht helfen?

Der erste Teil der Antwort lautet uneingeschränkt: Ja. Der zweite Teil lautet: Wird das belohnt oder wird das politisch bestraft? Wenn ich den Finger auf etwas Schlimmes lege, wie reagieren die Bürger? Sagen sie, endlich mal ein Typ, der sagt, was Sache ist und wie es ist? Oder kommen sie zu dem Ergebnis und sagen, das ist ja ungeheuerlich. Und strafen den Politiker bei der nächsten Wahl gleich ab?

Die Ehrlichkeit geht ja noch ein Stück weiter: Da ist die SPD im Wahlkampf gegen eine "Merkelsteuer" von zwei Prozent zu Felde gezogen und nach der Wahl will sie die Mehrwertsteuer sogar um drei Prozent erhöhen. Wen wundert's, wenn die Glaubwürdigkeit leidet?

Es gibt diesen Glaubwürdigkeitsverlust. Gelegentlich hat die Politik mehr versprochen, als sie einhalten konnte. Auf der anderen Seite verändern sich die Bedingungen – Wachstum, Altersaufbau, Wettbewerbsbedingungen, die Lage öffentlicher Haushalte. Politik muss dann auf der anderen Seite ein lernendes System sein und Entscheidungen auch revidieren dürfen. Wie das private Leben auch, besteht Politik aus Widersprüchlichkeiten und Spannungsbögen. Das zu vermitteln, ist schwer.

Anderes Beispiel. Der Finanzminister hält eine stärkere Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme für richtig, aber er verwendet die Tabaksteuer, die vor zwei Jahren als Zuschuss für versicherungsfremde Leistungen an die Krankenkassen eingeführt wurde, zur Sanierung des Haushalts ...

... aus dem Druck der notwendigen Konsolidierung des Haushaltes. Im Augenblick sind wir in der Schwierigkeit, einen Haushalt aufzustellen, der Auflagen aus dem Grundgesetz und einem europäischen Stabilitätspakt entspricht. Vor diesem Hintergrund ist der Zuschuss aus der Bundeskasse zur gesetzlichen Krankenversicherung – unbenommen der laufenden Diskussion zur Gesundheitsreform - mittelfristig auf null gestellt worden.

Aber die Steuerfinanzierung ist trotzdem richtig?

Eines unserer Grundprobleme ist, dass unsere sozialen Sicherungssysteme zu 70 Prozent mit Abgaben auf den Faktor Arbeit finanziert werden. In Skandinavien sind 70 bis 75 Prozent steuerfinanziert und nur zu 20 bis 25 Prozent abgabenfinanziert. Damit sind diese Länder sehr viel resistenter gegen demographische Entwicklungen und eine Erosion sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Insofern halte ich es für richtig, schrittweise die Sozialversicherungsabgaben zu senken und dann im gleichen Maße aus Steuern zu finanzieren.

Und wie kann ich als Bürger sicher sein, dass sich ein zukünftiger Finanzminister bei schwieriger Haushaltslage nicht aus diesem Topf bedient?

In anderen europäischen Ländern kann man das offenbar so verankern, dass der Griff in die Kasse zu Lasten der sozialen Sicherung nicht möglich ist. Warum sollte das in Deutschland nicht möglich sein?

Du forderst, der Staat müsse sich auf die Kernaufgaben konzentrieren. Was meinst du damit?

Kernaufgabe des Staates ist in meinen Augen eine Absicherung gegen die großen Lebensrisiken von Krankheit, Alter und Arbeitslosigkeit. Es ist die Bereitstellung von Infrastruktur, Bildung und öffentlicher Sicherheit. Hinzu kommt vielleicht noch die Förderung von Forschung und Entwicklung, und weil dies für die zukünftige Beschäftigung von entscheidender Bedeutung ist.

Was heißt das, "die großen Lebensrisiken"?

Ich kann vom Staat erwarten, dass er mir in Not hilft. Deshalb darf man die Grundsicherung nicht antasten. Aber niemand kann erwarten, dass er Transferzahlungen dauerhaft bekommt, ohne alle Chancen zu nutzen, die Solidargemeinschaft zu entlasten. Mit Hartz IV haben wir einen Mindestlohn und einen flächendeckenden Kombilohn definiert, der in manchen Fällen höher liegt, als das, was ein Malocher auf die Hand kriegt. Das macht uns zu schaffen.

Was bedeutet das für das Verhältnis von Staat und Bürgern?

Ich habe den Eindruck, dass wir zu Beginn des 21. Jahrhunderts über die Rolle des Staates reden müssen. Wir Politiker haben lange gedacht, dass wir mit Geld und Alimentation gesellschaftlichen Zusammenhalt und Konsens organisieren können. Das geht nicht mehr. Die öffentlichen Haushalte sind an der Wand. Jetzt stehen wir vor der Frage, ob gesellschaftlicher Konsens und Integration nur mit zusätzlichem Geld gelingt. Wie sieht unser Gesellschaftsvertrag im 21. Jahrhundert aus? Ich glaube, wir müssen zum Beispiel gesellschaftlichen Zusammenhalt viel stärker über bürgerschaftliches Engagement begründen.

Du bist auch stellvertretender SPD-Parteivorsitzender. Wird das ein Thema der Programmdebatte sein?

Ich bin dafür. Es war angelegt in dem, was Matthias Platzeck in diese Programmdebatte eingebracht hat. Ich bin mir sicher, dass Kurt Beck das fortführen wird. Ich werde ihn dabei unterstützen.

Fotos: Dirk Bleicker

Verlinken Sie auf diesen Beitrag:

<http://www.vorwaerts.de/trackback/395>

[Inland](#)

[Interview](#)

[Vera Rosigkeit](#)

Quellen-URL: <http://www.vorwaerts.de/artikel/ae-wir-stehen-an-der-wand>